

Antrag KT Sitzung
15.12.08



Fraktion *Die Linke*-DKP
c/o Werner Bischoff, Grabenstr. 8 -64354
Reinheim

An die Kreisverwaltung
Darmstadt/Dieburg
z. Hd. Herrn Grimm
Jägertorstrasse 207
64276 Darmstadt

Werner Bischoff, Grabenstr. 8
64354 Reinheim

Reinheim, Dezember

Betr: Wiedereingliederung für Frauen in den Arbeitsmarkt.(Vorlage 2273)
Änderungsantrag DIE LINKE./DKP

Beschlussvorlage :

- 1) Der Betreff ist zu ändern wie folgt : „ Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt.
- 2) Im Wirtschaftsplan 2009 werden jährlich 150 000 € für Wiedereingliederungsmaßnahme aus den Bereichen SGB XII (Sozialhilfe) – Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) Bezier/innen von ALG I – Männer und Frauen ohne Leistungsbezug eingestellt.
- 3) Der Pkt. 2 der Drucksache 2273 bleibt unverändert.
- 4) Der Pkt. 3 der Drucksache 2273 bleibt unverändert.
- 5) Die Mittel von 150 000 € resultieren zum Einen aus der Drucksache 2273(75000 €) und zum Anderen aus Mitteln der Abplanung der Zeitschrift „Kreis – kompakt“.(75000€)

Begründung :

- a) Bei der Frage „Wiedereingliederung für Männer und Frauen – oder des Druckes eines unnötigen Werbeblättchens für den Landkreis , einem Wahlgeschenk an die Fraktion FW – stimmen wir für die Wiedereingliederung von Frauen und Männer in einen immer härter werdenden Arbeitsmarkt.
- b) Des Weiteren bedeutet die Erhöhung der Mittel auf 150 000 € auch eine nachhaltige Entlastung für die Sozialkassen.
- c) Durch diese erhöhten Mittel kann einem größeren Kreis – wie im SPD und CDU Änderungsantrag fixiert – Eingliederungsmaßnahmen angeboten werden. Wir halten nach wie vor die Haushaltswirtschaftliche Sperre für Eingliederungsmaßnahmen der KFB nach § 16 (II) Satz 1 SGB II für einen einzigen Treppenzwang. Der Landkreis Da/Di war im übrigen die einzige Optionskommune, die zu solchen rigiden Mitteln griff ! Daher ist es zwingend nötig den Kreis der Einzugliedernden auszuweiten.
- d) Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt – unter Vorspielung falscher Tatsachen („ Der bereits bestehende Fachkräftemangel bei den Automobilherstellern....“) gilt unserer Meinung nicht nur für Frauen ohne Leistungsbezug, wie dies die SPD fordert. Er gilt gerade unter dem

**Aspekt der weltweiten Rezession auch im Landkreis Da/Di für alle
Erwerb suchende Männer und Frauen.**

**Ein für seine Bürger vorsorgender Landkreis, ein Landkreis der die oben
erwähnte Einstellung von Eingliederungsmaßnahme als „politisch völlig
konstruktiv“ sieht, ist aufgefordert alle unnötigen Ausgaben auf den
Prüfstand zu stellen. Dazu gehört unbedingt der Vertrieb des „Kreis –
kompakt“. Dieser Vertrieb ist einzustellen.**

Wir bitten um Zustimmung unseres Änderungsantrages.

**DIELINKE./DKP
Walter Busch Hübenbecker
Werner Bischoff**

**PS. Sollte dieser Änderungsantrag eine politische Mehrheit finden, zieht die
Fraktion DIELINKE./DKP ihren zum WP 2009 gestellten Antrag zu Abplanung
der kosten „Kreis – kompakt“ zurück**